

Landsberger, Albert

Article

Die aktuelle Energiekrise im Kontext der Ölpreiskrise der 1970er Jahre

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Landsberger, Albert (2023) : Die aktuelle Energiekrise im Kontext der Ölpreiskrise der 1970er Jahre, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 30, Iss. 2, pp. 22-25

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/272214>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Albert Landsberger*

Die aktuelle Energiekrise im Kontext der Ölpreiskrise der 1970er Jahre

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat für große politische und wirtschaftliche Unsicherheit in Deutschland gesorgt. Mit verantwortlich für die Unsicherheit waren die stark gestiegenen Energiepreise und die unklare Versorgungslage. Die aktuelle Krise ist jedoch nicht das erste Mal, dass sich Deutschland mit stark steigenden Energiepreisen konfrontiert sieht. Die zwei Ölpreiskrisen der 1970er Jahre weisen viele Ähnlichkeiten mit der aktuellen Situation auf. Ein Blick auf die damaligen Maßnahmen und Folgen kann dabei helfen, die aktuelle Situation einzuordnen. Dennoch gilt, wie bei jedem historischen Vergleich, ihn nicht zu überstrapazieren.

HISTORISCHER KONTEXT

Ähnlich wie heute war auch in den 1970er Jahren eine kriegerische Auseinandersetzung Ursache für die erste Ölpreiskrise. Israel wurde, während des Jom-Kippur-Krieges 1973, durch die westlichen Industriestaaten unterstützt. Als Reaktion hierauf verständigten sich die Mitgliedsländer der OAEPC (Organization of Arabian Petroleum Exporting Countries) im Oktober 1973 auf einen begrenzten Lieferboykott und eine Reduktion der Fördermenge um monatlich 5%. Zwei Drittel der deutschen Ölimporte kamen zu diesem Zeitpunkt aus arabischen Ländern. Ähnlich wie heute war also die Abhängigkeit groß. Die Folge der künstlichen Verknappung war ein unmittelbarer Anstieg des Einfuhrpreises für Rohöl auf mehr als das Dreifache (Börsch-Supan und Schnabel 1998). Vor Beginn des Krieges in der Ukraine, im Januar 2022 betrug der Gaspreis je Megawattstunde durchschnittlich etwa 85 €. Seinen Höchststand erreichte er im August 2022 mit durchschnittlich 240 € je Megawattstunde. Ähnlich wie in den 1970er Jahren hat sich der Preis also in sehr kurzer Zeit verdreifacht. Die rasche Verdreifachung der Preise dieser wichtigen Rohstoffe stellte damals wie heute einen extremen Schock für die Wirtschaft dar.

Die zweite Ölpreiskrise Ende der 1970er Jahre wurde durch die Islamische Revolution im Iran im Jahr 1979 und den nachfolgenden ersten Golfkrieg zwischen dem Iran und dem Irak ausgelöst. Dieser Konflikt zwischen zwei Ölförderländern ließ die Preise erneut ansteigen. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Ölpreises in Dollar pro Barrel zwischen 1973 und 1980. 1973 verdreifachte sich dieser von 5 \$ je Barrel auf 15 \$. Zwar sank er kurz darauf wieder leicht, kehrte jedoch niemals zum ursprünglichen Niveau zurück. In der zweiten Krise verdoppelte sich der Preis noch einmal von 15 \$ je Barrel auf über 40 \$ auf dem Höhepunkt. Wie zu erwarten hatte der Anstieg der Preise auch einen Rückgang der Erdölimporte nach Deutschland zur Folge. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Rohölimporte nach Deutschland. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten sie 1973, da die Preise erst gegen Ende des Jahres drastisch anstiegen. Der zu erwartende Rückgang der importierten Menge Rohöl ist 1974 deutlich zu erkennen.

Bei den steigenden Energiekosten enden jedoch bereits die Gemeinsamkeiten der Auswirkungen der Konflikte aus den 1970er Jahren und des aktuellen Krieges in der Ukraine. Anders als damals spielt sich der aktuelle Konflikt auf europäischem Boden ab und hat somit drastische sicherheitspolitische Implikationen für Deutschland. Zudem gab es als Folge der Krisen in den 1970er Jahren keine enormen Flüchtlingsströme nach Deutschland, noch waren die beteiligten Parteien, abseits der Öllieferungen, wichtige Handelspartner für Deutschland.

Zu guter Letzt unterscheiden sich auch die Güter Gas und Öl deutlich voneinander. Erdöl kann auf Tankern relativ einfach über den ganzen Planeten transportiert werden. Somit können die üblichen Marktmechanismen greifen. Zwar stiegen in den 1970er Jahren die Ölpreise, ein Versiegen des Ölflusses nach Deutschland musste jedoch zu keinem Zeitpunkt befürchtet werden. Das zuvor von der OAEPC gelieferte Öl konnte einfach durch Öl aus anderen Regionen der Welt substituiert werden. Die notwendige Infrastruktur für den Transport von Erdgas, in Form von Pipelines oder LNG-Terminals, macht eine kurzfristige Umstellung der Gaslieferungen sehr teuer oder gar unmöglich. Folglich stellt die aktuelle Krise die deutsche Regierung vor größere Herausforderungen als die damaligen Krisen.

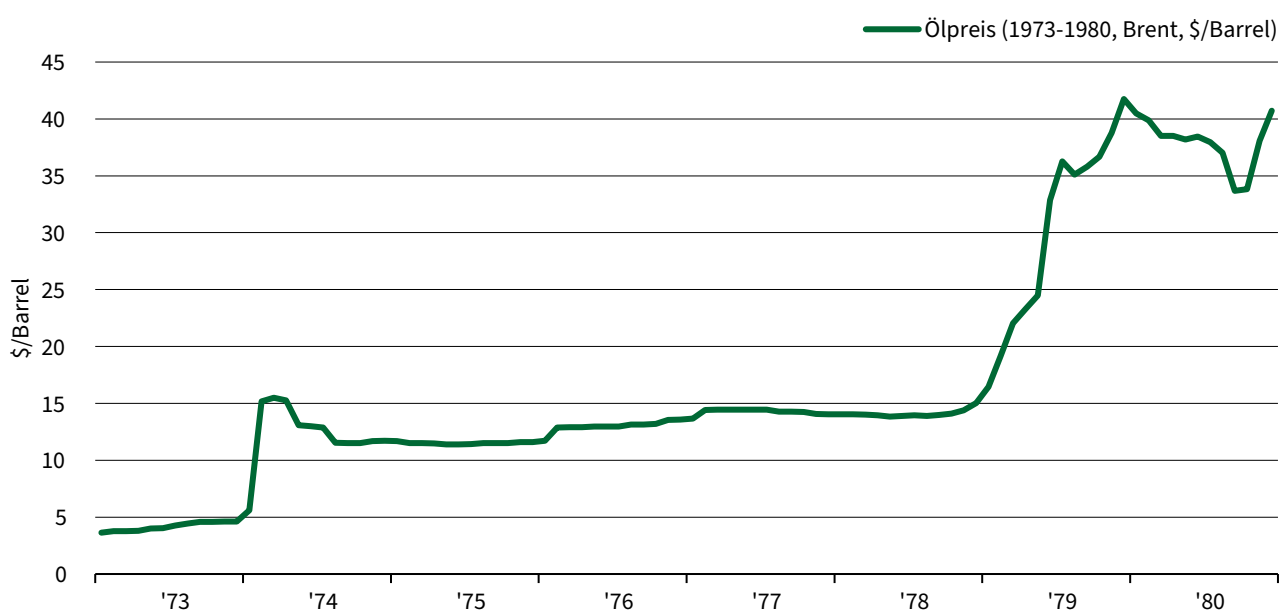
WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG WÄHREND DER KRISEN

Doch wie hat sich diese Krise auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands ausgewirkt? Ein Indikator für die wirtschaftliche Lage ist die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Abbildung 3 zeigt die Wachstumsraten des deutschen BIP ab Anfang der 1970er Jahre. Es ist deutlich zu sehen, dass die zwei Öl Krisen sich unmittelbar negativ auf das BIP-Wachstum ausgewirkt haben. Zu einer Rezession kam es jeweils jedoch nur mit einiger Verzögerung. Der ersten Ölpreiskrise folgte erst zwei Jahre später im Jahr 1975 eine Rezession. Das BIP ging in diesem Jahr um 0,9% zurück. Mitte dieses Jahres wurde

* Albert Landsberger ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1

Entwicklung des Ölpreises 1973 bis 1980



Quelle: Thomson Reuters.

© ifo Institut

ebenfalls das größte Konjunkturprogramm zu ihrer Bekämpfung verabschiedet. Zu diesem Zeitpunkt war die Rezession jedoch bereits überstanden und somit der Zweck des Konjunkturprogramms entfallen.

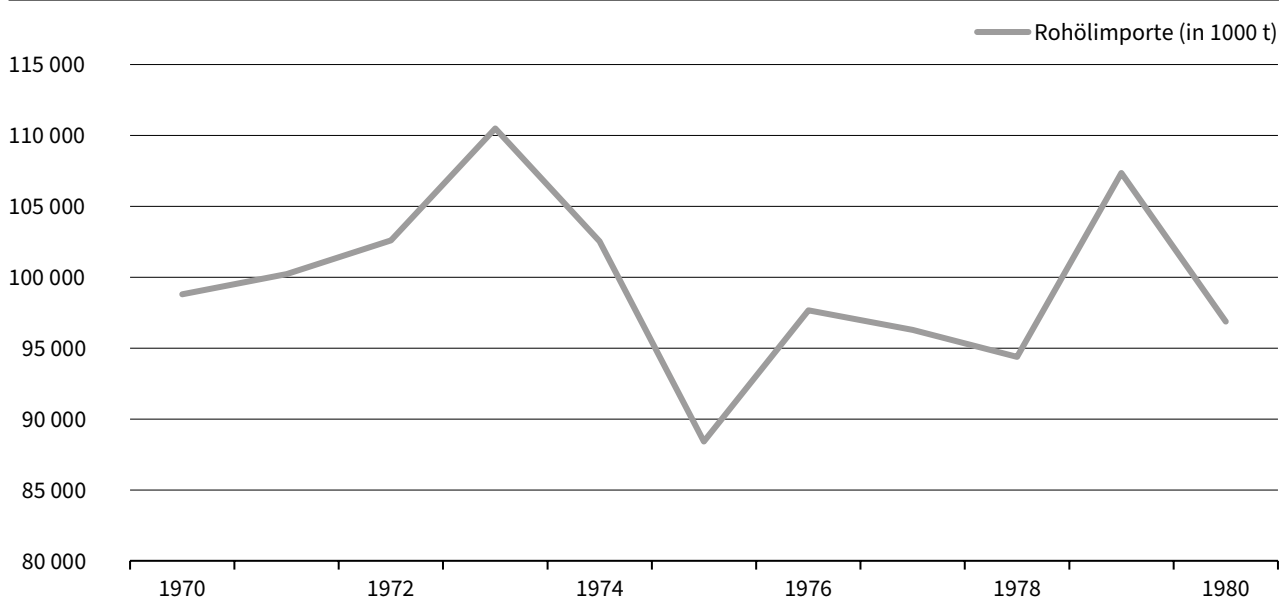
Auch der zweiten Ölpreiskrise folgte eine, kleinere (-0,5%), Rezession erst mit drei Jahren Verzögerung. Die große zeitliche Verzögerung, mit der die Rezessionen einsetzten, macht es schwierig, sie alleine auf die Ölpreiskrisen zurückzuführen. Ebenso gut könnten die politischen Reaktionen – wie die restriktive Geldpolitik der Bundesbank – dafür ursächlich gewesen sein.

Bei der Betrachtung der historischen Wirtschaftsentwicklung wird zudem deutlich, dass die den Ölpreiskrisen folgenden Rezessionen kein extremes Ausmaß hatten und zudem nicht über einen längeren Zeitraum anhielten. Die globale Finanzkrise sowie die Coronakrise hatten dagegen ein weitaus größeres Ausmaß.

Das legt die Vermutung nahe, dass auch die aktuelle Krise nur einen kurzfristigen Schock darstellt, solange die Versorgung mit Gas durch neue Pipelines oder LNG-Terminals in Zukunft weiterhin gewährleistet ist.

Abb. 2

Entwicklung der Rohölimporte nach Deutschland 1970 bis 1980

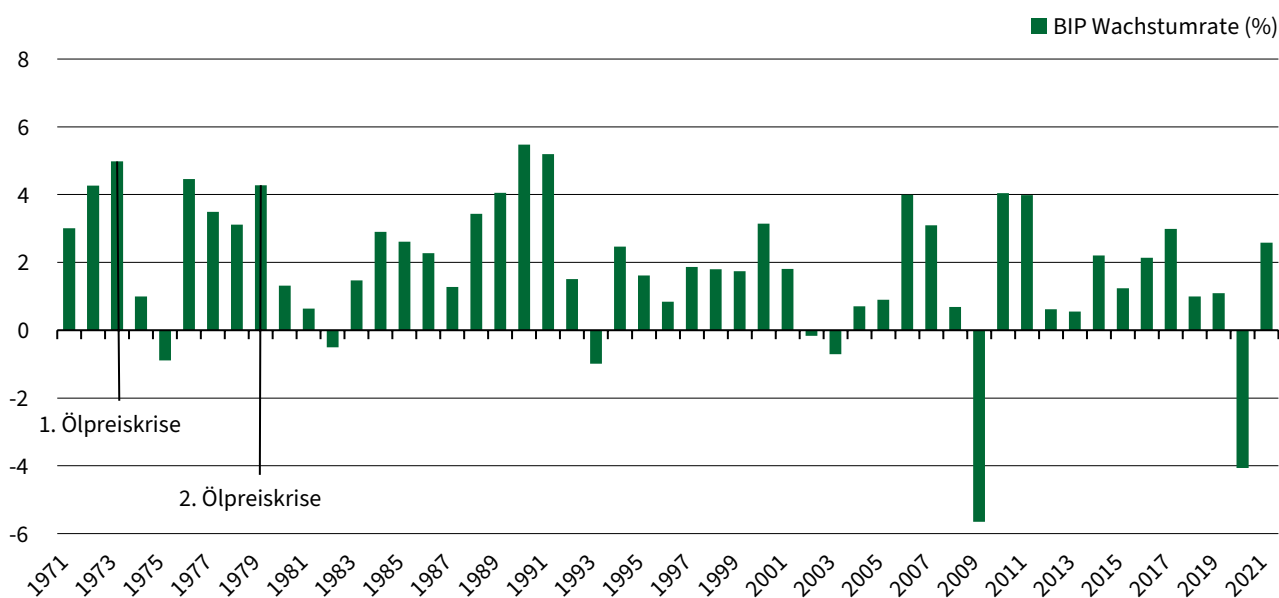


Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

Abb. 3

Entwicklung des deutschen Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

REAKTION DER POLITIK

Die stark gestiegenen Ölpreise zwangen die Politik auch damals schon zu reagieren. „Nicht jeder wird seinen Arbeitsplatz behalten können. Wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft alle Anstrengungen unternehmen, damit jeder einen Arbeitsplatz hat.“ Mit dieser Äußerung machte Willy Brandt im November 1973 deutlich, welche Richtung politisch eingeschlagen werden sollte. Notwendigen strukturellen Veränderungen sollte nicht im Weg gestanden werden, aber Unterstützung der Politik wurde zugesagt. Daraus ergab sich, dass expansive finanzielle Maßnahmen von staatlicher Seite nicht flächendeckend, sondern nur zur Stützung bestimmter Branchen und Regionen vorgesehen waren (Börsch-Supan und Schnabel 1998).

Die wohl bekannteste staatliche Maßnahme waren die drei autofreien Sonntage. Sie wurden gemeinsam mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung im November 1973 eingeführt. Ziel war es, den Ölverbrauch zu verringern. Zu diesen mehr symbolischen Maßnahmen kam im Februar 1974 das sogenannte „Sonderprogramm für Gebiete mit speziellen Strukturproblemen“ in Höhe von 900 Mill. DM hinzu. Das Programm sollte gezielt Gebieten mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit zugutekommen. Kurz darauf wurden die Mittel des Programms einmalig um weitere 950 Mill. DM erhöht.

Zusätzlich wurde im Dezember 1974 ein weiteres Programm beschlossen. Das „Konjunkturprogramm zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum bei Stabilität“ betrug insgesamt 1,73 Mrd. DM. Es sollte die Binnennachfrage, die Arbeitsmarktlage und das Wirtschaftswachstum im Folgejahr stützen. Der Großteil dieser Summe (1,13 Mrd. DM) wurde als zusätzliche Investition des Bundes in den Bereichen Energieversorgung und Bauwirtschaft verwendet. Die restlichen 600 Mill. DM waren hauptsächlich für Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber bei Einstellung von Arbeitslosen vorgesehen. Sie beinhalteten aber auch eine „Mobilitätszulage“ für Langzeitarbeitslose,

wenn diese eine neue Tätigkeit aufnehmen (Bundesarchiv 2023). Ebenfalls im Dezember 1974 wurde eine 7,5-prozentige Investitionszulage bis Juni 1975 gewährt.

Das mit Abstand größte Programm wurde im August 1975 auf den Weg gebracht. Das „Konjunkturprogramm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen“ betrug 5,75 Mrd. DM. Davon entfielen u. a. 2,45 Mrd. DM auf kommunale Infrastruktur und Stadtsanierung, 1,2 Mrd. DM auf bundeseigene Investitionen und 700 Mill. DM auf Wohnungsmodernisierung (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1975).

Der zweiten Ölpreiskrise wurde hingegen mit keinen gezielten Unterstützungsprogrammen entgegengetreten. Tatsächlich zerbrach die Koalition aus SPD und FDP im September 1982 an der Frage, wie mit der schlechten wirtschaftlichen Lage, zu der auch die zweite Ölpreiskrise beigetragen hatte, umgegangen werden sollte. Die neue Regierung Kohl legte den Fokus auf Einsparungen bei gesetzlichen Leistungen, um gleichzeitig Investitionen zu fördern. Zu diesem Zweck wurde das „Gesetz zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts“ beschlossen. Dieses Gesetz zielte jedoch nicht speziell auf die Bekämpfung der Ölpreiskrise ab, sondern sollte die gesamtwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik verbessern (Bundesregierung 1982).

VERGLEICH DER KRISEN

Betrachtet man die politischen Reaktionen auf die damalige und heutige Energiekrise, wird deutlich, dass die Politik in den 1970er Jahren fiskalisch zurückhaltender reagiert hat. Die Reaktion damals hinsichtlich der fiskalischen Mittel war sehr begrenzt. Das 1,73 Mrd. DM schwere Konjunkturprogramm vom Dezember 1974 betrug gerade einmal 0,17% des damaligen BIP. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben im Jahr 1974 auf lediglich 0,35% des BIP. Auch das deutlich größere Programm

von 1975 machte in diesem Jahr gerade einmal 0,5% des BIP aus. Selbst wenn man die Ausgaben der Jahre 1974 und 1975 kombinieren würde, entspräche dies im Jahr 2022 ca. 34 Mrd. Euro und somit bedeutend weniger als allein die 200 Mrd. Euro, die die Bundesregierung für den „Abweherschirm“ angesetzt hat (Bundesregierung 2022). Diese eher zurückhaltende fiskalische Reaktion war auf die bereits vor der Ölpreiskrise deutlich gestiegene Inflation zurückzuführen. Bereits in den Jahren 1971 und 1972 lag die Inflationsrate bei über 5% und 1973 bereits bei 7,1%¹. Dieser Umstand spielte beim Design der Maßnahmen eine explizite Rolle. Die Stabilisierung der Preise war für Bundeskanzler Schmidt von entscheidender Bedeutung (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1974). Dennoch hielt die hohe Inflation auch in den Folgejahren weiter an.

Die Ausgangslage in der aktuellen Krise stellte sich anders dar. Die Corona-Pandemie war noch nicht gänzlich überwunden. Die mit ihr einhergehende, massive Rezession (vgl. Abb. 3) wurde mit stark expansiven Mitteln von Seiten des Staates bekämpft und dennoch hielt sich die Inflation in Grenzen. Zwar stieg sie bereits seit August 2021 an, dennoch wurde allgemein davon ausgegangen, es handele sich um kurzfristige Inflation (transitory inflation). Die Gefahr einer anhaltend hohen Inflation war im öffentlichen Diskurs wenig präsent. Zusätzlich entstand durch die Milliardenhilfen während der Corona-Pandemie eine gewisse Erwartungshaltung gegenüber der Politik, auch in dieser Krise wieder mit fiskalischen Mitteln einzugreifen. In diesem Klima verwundert es nicht, dass bereits die anfänglichen Hilfen des Staates einen bedeutend größeren Umfang hatten als es 1974/1975 der Fall war.

Anders als in den 1970er Jahren entschied sich die Politik, im Verlauf der Krise zudem die Bürger*innen aktiv von der anhaltend hohen Inflation zu entlasten. Damals waren die Maßnahmen kaum auf eine Absicherung der Haushalte vor Kaufkraftverlusten ausgerichtet. Lediglich die einmalige Mobilitätszulage für Arbeitslose hatte eine solche distributive Komponente, sollte sie aber wohl auch dazu motivieren, weiter entfernte Arbeitsplätze anzunehmen. Im Wesentlichen zielten damals die Maßnahmen darauf ab, Investitionen vorzuziehen oder anzuregen, um so den Strukturwandel zu beschleunigen.

FAZIT

Auf den ersten Blick bietet sich ein Vergleich der Ölpreiskrisen der 1970er Jahre mit der aktuellen Energiepreiskrise ausge-

löst durch den Angriff auf die Ukraine an. Der stark steigende Preis für Energie und die daraus resultierende Inflation sind eindeutige Gemeinsamkeiten. Ebenso, dass jeweils kriegerische Auseinandersetzungen Auslöser der Krisen waren.

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf Deutschland gehen jedoch bedeutend weiter als die der Konflikte in den 1970ern. Somit stellt die aktuelle Krise die deutsche Regierung vor eine ungleich größere Herausforderung. Deswegen unterscheiden sich auch die politischen Maßnahmen deutlich in ihrer Art und ihrem Umfang. Der bedeutendste Unterschied ist, dass in der aktuellen Krise die Hilfen an private Haushalte deutlich größer ausfallen als es zur Zeit der Ölpreiskrisen der Fall war. Jedoch ist auch hier der historische Kontext zu beachten. Auf der einen Seite gingen den Ölpreiskrisen der 1970er bereits mehrere Jahre mit hoher Inflation voraus, was die Ausgabenbereitschaft der damaligen Regierung minderte. Auf der anderen Seite schließt sich die aktuelle Krise nahtlos an die Corona-Pandemie an, in der der Staat mit massiven Unterstützungen eingriff und die Inflation dennoch moderat blieb.

QUELLEN

Bundesarchive (Hrsg.) (2023), Kabinettsprotokolle 1974: Energie- und Wirtschaftspolitik, Download unter https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1974k/kap1_1/para2_3.html#goTop, abgerufen am 24. Februar 2023.

Bundesregierung (Hrsg.) (1982), Entwurf eines Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts, Gesetzentwurf der Bundesregierung, Bonn.

Bundesregierung (Hrsg.) (2022): Abweherschirm über 200 Milliarden Euro, Download unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/abweherschirm-2130944>, abgerufen am 24. Februar 2023.

Börsch-Supan, A. und R. Schnabel (1998), Volkswirtschaft in fünfzehn Fällen: Studien in angewandter Mikro- und Makroökonomie, Gabler.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (1974), Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, Bonn, 18. Mai 1974.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (1975), Vor dem Aufschwung. Jahresgutachten 1975/76, Bundestag, Bonn.

1 Diese Zahlen beruhen auf dem „Preisindex für die Lebenshaltung“ der bis 1999 erhoben wurde und sich in der Berechnung vom aktuellen „Verbraucherpreisindex“ unterscheidet. Somit ist ein direkter Vergleich mit heutigen Zahlen nur bedingt möglich.